

Die Basisdemokratische Fachschaft Sozialwissenschaften lehnt die Vorschläge des Universitätspräsidiums zur Umstrukturierung der Universität ab.

Für uns als Vertreter_innen der Studierenden der Sozialwissenschaften ist die Planung zur Unistrukturreform nicht hinnehmbar. Wir halten die Bestrebungen unserer Fakultät sowie unseres Instituts (Institut für Soziologie), die Strukturreform abzulehnen, für richtig! Vor allem vor dem Hintergrund, dass eine Mitbestimmung seitens des wissenschaftlichen Mittelbaus, der Professor_innen, und aus unserer Sicht insbesondere der Studierenden, nicht stattfindet!

Bereits im Prozess der Umstrukturierung lässt sich erkennen, dass studentische Mitbestimmung nicht, bzw. fortan nicht mehr, erwünscht ist. Ein Gremium, das aus dem Präsidium, dem Senat und den Dekanen besteht, mit nur einer studentischen Vertreterin, kann nicht repräsentativ für 22.236 Studierende sein. Es wird schlichtweg über unsere Köpfe hinweg entschieden.

In den Bestrebungen zur Unistrukturreform erkennen wir keinen Ansatz zur Verbesserung unserer Studienqualität. Eine Ausgliederung des Fachbereichs Sozialwissenschaften ist für uns nicht nachvollziehbar, da die Fächer Soziologie und Politik eine dichte Verknüpfung im Lehrangebot und in Forschungsgruppen mit anderen Fachbereichen der Philosophischen Fakultät vorweisen, während für uns keine tiefgreifenden Verbindungen in Lehre und Forschung zu Jura und den Wirtschaftswissenschaften bekannt sind. Unsere Lehrinhalte sind eher gesellschaftstheoretisch ausgerichtet, die Umstrukturierung in ihrer jetzigen Form weist auf eine Änderung dieses Sachverhaltes hin. Dies kann von Studierendenseite nicht hingenommen werden. Ein nicht gesellschaftstheoretisches soziologisches Institut ist in unseren Augen seines Namens nicht würdig. Insgesamt sehen wir durch die vorgeschlagenen Reformen eine Verschlechterung der einzelnen Studiengänge, sowie eine Verschiebung der Lehr- und Forschungsinhalte auf uns zukommen. Wir erwarten bei einer Umstrukturierung in diese Richtung eine stärker wirtschaftliche Ausrichtung der Sozialwissenschaften und eine Degradierung unseres Faches zu einer Hilfswissenschaft, welches der wirklichen Bedeutung der Soziologie als kritische Wissenschaft nicht gerecht wird.

Gleichzeitig scheint eine Veränderung der Verwaltungsstruktur im Sinne amerikanischer Universitäten einen klaren Teil der angestrebten Department-/Fakultätsstruktur auszumachen. Dies ist an einer Universität wie in Hannover, die keine Campusuniversität

ist, nur mit längeren Wegen für Studierende zu verwirklichen. Wir halten dies vor dem Hintergrund, dass Studierende der Universität erst die Legitimation geben, zu existieren, für einen zweifelhaften Unterfangen.

Die Basisdemokratische Fachschaft Sozialwissenschaften ist in der laufenden Legislaturperiode sowohl über Listen als auch direkt über unsere Fachschaft im StuRa, dem Fachschaftsrat (Philosophische Fakultät), der StuKo (Philosophische Fakultät), dem Fakultätsrat (Philosophische Fakultät) sowie im Rahmen von Prüfungsausschuss, Institutskonferenzen und Vorstandssitzungen am Institut für Soziologie vertreten. Die Vergrößerung von Verwaltungseinheiten legt nahe, dass auch die hochschulpolitischen Gremienstrukturen verdünnt werden; durch dies sehen wir diese breitgefächerte Mitarbeit gefährdet und fühlen uns unserer Mitbestimmung beraubt. Für uns als Fachschaft ist vor allem wichtig, an unserem Studium und unseren Studienbedingungen aktiv mitwirken zu können.

Aus diesen Gründen fordern wir das Präsidium der Universität auf, die Bestrebungen zur Unistrukturreform zu stoppen.

Basisdemokratische Fachschaft Sozialwissenschaften